

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter vollständig übernehmen!

Mit der Entscheidung, nur etwa zwei Drittel der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter weiterzubeschäftigen, deren Verträge zum 31. Dezember 2013 auslaufen, gefährdet der Senat die Zukunft der Schulsozialarbeit in der Stadtgemeinde Bremen. Während Bremerhaven schon längst klargestellt hatte, dass die auslaufenden Verträge komplett verlängert werden, setzte der Senat in Bremen darauf, dass sich die Betroffenen aus Mangel an Perspektiven wegbewerben und lautlos verschwinden. Nun sollen von den verbleibenden 43,4 Vollzeitstellen 13 gestrichen und nur 30,5 erhalten werden. Damit wird gleichzeitig ein verheerendes Signal gesetzt, das zur weiteren Wegbewerbung von Stelleninhaberinnen/Stelleninhabern führen wird.

Bremen hat dringenden Bedarf an qualifizierter und engagierter Schulsozialarbeit. Das Minimum stellt die Ausstattung jeder Schule mit einer/einem Schulsozialarbeiterin/Schulsozialarbeiter dar. Halb- und Drittelstellen pro Schule können keine verlässliche Einbindung in den Sozialraum Schule gewährleisten, die Bedingung für die Arbeit von Schulsozialarbeit ist. Die Entscheidung des Senats, nur die Standorte mit den Sozialindikatoren 4 und 5 zu erhalten, würdigt Schulsozialarbeit zur Feuerwehr herab, die nur dort postiert wird, wo das Holz schon besonders trocken ist.

Qualifizierte Schulsozialarbeit abzusichern und zu entwickeln, hätte dringend als eigenständige Säule in der Schulreform verankert und entwickelt werden müssen. Die Auseinandersetzung um die bislang aus dem Bundesmitteln geförderten Stellen hat an vielen Schulen und in einer breiteren Öffentlichkeit bewusst gemacht, wie wichtig diese Arbeit für das Gelingen der Schulreform ist. Die verspätete, halbherzige und fachlich verfehlte Entscheidung des Senats, die Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter „ein bisschen“ zu übernehmen, muss daher dringend korrigiert werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, alle bislang aus Bundesmitteln finanzierten Schulsozialarbeiterinnen-/Schulsozialarbeiterstellen in Bremen fortzusetzen und die Verträge der Beschäftigten umgehend zu verlängern, mindestens bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Stellen an allen Schulstandorten zu erhalten, an denen bislang aus Mitteln des Bundes bezahlte Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter beschäftigt waren.

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE